

KN4-19-00827

Statuten

des

Pest-Osner

kaufmännischen Vereins

für

Krankenpflege

und für

Pensionen.

Pest, 1859.

Buchdruckerei von Emil Müller, Dorotheagasse Nr. 12.

580306.

Statuten

des

Pest=Ofner kaufmännischen Vereins

für

Krankenpflege

und für

Pensionen.



Pest, 1859.

Buchdruckerei von Emil Müller, Dorotheagasse Nr 12.

KNY-19-00627



Statuten des Vereins
für die
Krankenpflege
des
kaufmännischen Hilfspersonales
in Pest.

Stadten des Reichs

Strandungsrecht

Landesrecht

Einleitung.

Mehrere hochherzige dem Handelsstande Pest's angehörige Männer, haben in dem verflossenen Jahrzehend den Entschluß gefaßt, einen Verein zu dem Zwecke zu gründen, den erkrankten Mitgliedern des Vereins Obdach, Pflege und Arzneien, und ihnen sowohl als ihren Hinterlassenen bei Dienstunfähigkeit eine Pension zu sichern.

Diese philanthropische Absicht erfreute sich einer warmen Theilnahme und das im Vereinshause erliegende Gedenkbuch zeigt den dankbaren Nachkommen die Namen der Männer, die reichliche Gaben zur Begründung des Vereines gerne beigetragen haben.

Eine mehrjährige Erfahrung lieferte jedoch die Ueberzeugung, daß der Verein nicht in dem Maße gemeinnützig geworden ist, als es sein Zweck und der Wunsch seiner Gründer war.

Die Ursache dieser Erscheinung lag darin, daß die Mitglieder des kaufmännischen Hilfspersonals zum Beitritt nicht verpflichtet waren, und daß der Fond der Krankenpflege sich eben so wenig wie jener des Pensions-Institutes, zur Bestreitung der übernommenen Lasten hinreichend erwiesen hat.

Dieser Umstand machte bei den Mitgliedern des Vereines den

Wunsch rege, beide Institute, das der Krankenpflege nemlich und jenes der Pension, streng von einander abzusondern, und die Beitragspflichtigkeit für das Erstere auf alle Mitglieder des kaufmännischen Hilfspersonales auszudehnen, den Beitritt zum Letztern aber dem Ermessen eines Jeden frei zu stellen.

Diesem Wunsche begegnete in der Ausführung der, mit hohem Erlaß der k. k. Statthalterei-Abtheilung in Ofen de dato 9. Juni 1853 Nr. 9247 genehmigte Statuten-Entwurf für Handels-Gremien, wo es im §. 28 heißt: Daß, wo zur Pflege der Kranken besondere Institute bestehen, die Individuen des kaufmännischen Hilfspersonales zu einem gewissen Monatsbeitrag verhalten werden können, wofür den Erkrankten Verpflegung und ärztliche Hilfe im Institute geleistet werden muß; ebenso begegnete ihn die Erklärung der beiden hiesigen Handels-gremien, welche sich zu einem jährlichen Beitrag von je 1000 fl. zu Gunsten der Krankenpflege bereit erklärten, und es wurden sonach die zeitgemäße Umarbeitung und Trennung der bis jetzt vereint bestandenen Statuten, auf Grundlage des obenbezeichneten Prinzips beschloffen.

Diese lauten nun für die Krankenpflege wie folgt:

Statuten des Vereins

für die

Krankenpflege des kaufmännischen Hilfspersonales in Pest.

§. 1.

Zweck des Vereines ist, allen Individuen des kaufmännischen Hilfspersonales*) in Pest, ohne Unterschied der Religion und des Alters, in Erkrankungsfällen Aufnahme in das Vereins-Krankenhaus, Verpflegung und ärztliche Hilfe zu gewähren.

*) Unter der Benennung kaufmännisches „Hilfspersonale“ werden alle Kategorien der Commis, als : Buchhalter, Kassiere, Computoristen, Magazinsleute, dann Praktikanten und Lehrlinge verstanden. Ausgenommen hingegen sind alle, welche den Handelsstand nicht zu ihrem Lebensberuf gemacht haben, sondern nur als Tagschreiber (Diurnisten) in Verwendung stehen, — dann die Hausknechte, Träger, Dienstboten aller Kategorien.

Diesen Vortheil genießen sie sowohl während ihrer Dienstzeit, als während der Dienstlosigkeit, die jedoch länger als ein Jahr nicht dauern darf, immer vorausgesetzt, daß sie die vorgeschriebene Gebühr gehörig in die Vereinskasse entrichtet haben.

§. 2.

Ferner steht es auch den hierortigen Prinzipalen beider Gremien frei, sich an den Vortheilen dieser Anstalt, durch Entrichtung der im §. 7 bezeichneten Gebühr zu betheiligen, nur müssen die bereits bestehenden Chefs binnen sechs Wochen nach der Sanction dieser Statuten, die künftig sich etablirenden aber binnen einem Jahre von der Rechtsverleihung gerechnet, ihre diesfällige Absicht dem Vereinspräses schriftlich eröffnen, und sich verpflichten, den jährlichen Beitrag ohne Unterbrechung zu leisten.

§. 3.

Kranke, welche aus welcher immer Ursache vorziehen sollten, sich in ihren Wohnungen behandeln zu lassen, haben zu diesem Zwecke entweder die Einwilligung ihrer Chefs und das Gutachten des Vereinsarztes, oder bei Abwesenheit des Chefs nur das Gutachten des Letzteren beizubringen; der Vereinsarzt hat in diesem Falle von dem Krankheitsbefund der Direction sogleich Anzeige zu machen, welche sodann über die Bewilligung

der weiteren Behandlung des Kranken in seiner eigenen Wohnung zu entscheiden hat. Ausgenommen sind nur Fälle, wo der Vereinsarzt eine dringende Gefahr oder die Unzulässigkeit der Uebertragung des Kranken in das Vereinshaus unter eigener Verantwortung darstellen wird. In eigener Wohnung behandelte Kranke haben übrigens nur auf unentgeltliche ärztliche Behandlung durch den Vereinsarzt und auf den Bezug von Arzneien Anspruch.

§. 4.

Unverschuldet verunglückte Chefs beider Gremien werden, auch wenn sie dem Vereine nicht beigetreten waren (§. 2) in Krankheitsfällen, mit Rücksicht jedoch auf die im §. 15 getroffene Verfügung, im Instituts-Lokale unentgeltliche ärztliche Behandlung und Pflege genießen.

§. 5.

So lange es der Raum gestattet, finden auch auswärtige Mitglieder des Handelsstandes, im Falle ihrer Erkrankung am hiesigen Plage, Aufnahme und ärztliche Pflege, wofür sie eine festgesetzte Gebühr, die der Ausschuß von Zeit zu Zeit festsetzen wird, für jeden Tag ihrer Behandlung zu entrichten haben.

§. 6.

Die Einnahmen des Vereins bestehen :

- a) Aus dem bisher erzielten reinen und besonders gebuchten Vermögen des Krankenpflege-Vereines, welches mit der mit Ende Dezember 1855 ausgewiesenen Summe, als Stammkapital zu behandeln sein wird.
- b) Aus den jährlichen Beiträgen, welche die beiden hierortigen Gremien, das der k. k. priv. Großhändler und des bürgerl. priv. Handelsstandes, dem Vereine zugesichert haben.
- c) Aus den Beiträgen, der im § 2 bezeichneten Chefs und sämtlicher Individuen des kaufmännischen Hilfspersonales, welche von ihren Gehältern in Abschlag zu bringen, und unter Haftung der Herren Prinzipale in vierteljährigen Raten an die Vereinskasse vorhinein abzugeben sind.
- d) Aus den Gebühren für die Verpflichtung auswärtiger Mitglieder des Handelsstandes, die in Pest erkrankten und in diesem Institute Aufnahme gefunden haben.
- e) Aus Geschenken und Legaten, welche von Menschenfreunden zu Gunsten dieser Anstalt gespendet werden.

§. 7.

Der monatliche Beitrag des kaufmännischen Hilfs-
personales wird vorläufig auf 35 kr. österr. Währung
festgesetzt, die vierteljährig im vorhinein entrichtet wer-
den müssen.

§. 8.

In dem Falle jedoch, daß durch außerordentliche
Umstände dieses Ausmaß der Beiträge zur Bestreitung
der Ausgaben nicht genügen sollte, ist der leitende Aus-
schuß, nach hiezu eingeholter Genehmigung der beiden
Gremien ermächtigt, eine verhältnißmäßige Erhöhung
auszuschreiben, die jedoch 52½ kr. österr. Währung per
Monat in gar keinem Falle übersteigen darf.

§. 9.

Um dem Vereine den regelmäßigen Zufluß dieser
Beiträge zu sichern, wird jeder der Herren Prinzipale
gehalten sein, die Aufnahme und den Austritt eines je-
den Individuums seines Hilfspersonales dem Vorstande
des Gremiums sogleich anzuzeigen, welcher sie dann dem
Vorstande des Vereines vor Ablauf des Quartales mit-
theilen wird.

§. 10.

Die Aufnahme des Kranken geschieht in Folge
einer von seinem Prinzipale ausgefertigten Zuweisung.

Der Verein wird hiezu besondere Formulare anfertigen, und jedem Herrn Prinzipal eine bestimmte Anzahl davon zumitteln. Die Rubriken, die sie zu enthalten haben, sind: Name und Vorname des Kranken, sein Alter, Religion, Stand und Geburtsort, Tag und Stunde der Zuweisung.

§. 11.

Jeder Kranke hat sich von der Stunde seines Eintrittes bis zu seinem Austritte streng und genau an die im Institute vorgeschriebene Hausordnung zu halten; Abweichungen davon werden unter keinem Vorwande geduldet.

§. 12.

Mit der Behandlung der Kranken ist das ärztliche Personale des Institutes, und zwar ausschließlich be-
traut. Um jedoch auch der individuellen Beruhigung des Kranken billige Rechnung zu tragen, wird es ihm freistehen, in schweren Krankheitsfällen mit Zustimmung des Institutsarztes einmal sich auf Kosten des Vereines des Beirathes eines andern Arztes zu bedienen. Sollte er öfters Consilien wünschen, so gehen diese auf Rechnung des Patienten. Die Ordination ex consilio bleibt in jedem Falle dem Institutsarzte vorbehalten.

§. 13.

Derselben Begünstigung ist auch derjenige Kranke theilhaftig, welchem es gestattet wurde (§. 3) sich zu

Haufe behandeln zu lassen. Jedoch muß der Vereinsarzt, über den Befand des zu behandelnden Individuums früher ein Gutachten abgeben, um jede unbährliche Unkosten vom Vereine ferne zu halten.

§. 14.

Die ärztliche Behandlung erstreckt sich nur auf die Dauer von sechs Monaten vom Tage der Anmeldung, und zwar ohne Unterschied ob sie dem Kranken im Institut oder zu Hause geleistet wird, und auf alle erforderlichen medizinischen Mittel, auf den Gebrauch von Mineralwässern, und der in beiden Städten vorfindigen Bäder aller Art, insoferne der Vereinsarzt den Gebrauch derselben zur Heilung der Krankheit für unerläßig finden sollte. Luftveränderung oder den Besuch von Kurplätzen bestreitet der Verein nicht.

§. 15.

Ausgeschlossen von der Aufnahme in das Institutslokale sind nur jene Kranke, die mit einem anerkannten chronischen Uebel behaftet sind. Diesen wird jedoch, wenn sie es wünschen sollten, der Institutsarzt von Zeit zu Zeit seinen medizinischen Rath erteilen.

§. 16.

Chirurgische Operationen von größeren Belang dürfen nur ex consilio und mit Vortwissen der Angehö-

rigen des Kranken — wo dies thunlich ist, — vorge-
nommen werden.

§. 17.

Für die sorgsamste Behandlung sämmtlicher Kranken sind die Institutsärzte persönlich verantwortlich; es wird aber dafür auch ihrem Ermessen freigestellt, in allen bedenklichen Krankheitsfällen sich des Beirathes eines oder mehreren accreditirten Aerzte zu bedienen.

§. 18.

Im Institute hat ein Beschwerdebuch aufzuliegen. Jeder ist berechtigt seine Klagen dort einzutragen; gegenüber derselben muß binnen drei Tagen die Erledigung gesetzt, und dem Beschwerdeführenden mitgetheilt werden.

Leitung des Vereines.

§. 19.

Die Leitung des Vereines übernimmt ein Ausschuss von 36 Mitgliedern ohne Unterschied der Religion. Mit einem Drittel davon wird sich das k. k. priv. Großhandlungs-Gremium, mit dem zweiten Drittel der bürgerl. priv. Handelsstand theiligen, das letzte Drittel wählen die bisherigen Vereinsmitglieder und die Mit-

glieder des kaufmännischen Hilfspersonales aus sich selbst; und zwar steht das Wahlrecht (active Wahl) jedem Vereinsmitglied und jedem Mitglied des kaufmännischen Hilfspersonales zu, welches das zwanzigste Lebensjahr erreicht hat; wählbar (passive Wahl) ist jedoch nur jenes Vereins-Mitglied, oder Mitglied des kaufmännischen Hilfspersonales, welches während der letzten fünf Jahre, seine Monatsbeiträge pünktlich in die Vereinskasse eingezahlt hat.

§. 20.

Dem Vereine steht es frei, Männer die sich um das Institut hervorragende Dienste erworben haben, zu Ehrenämtern zu ernennen.

§. 21.

Aus den Ausschußmitgliedern des k. k. priv. Großhandlungs-Gremiums und des bürg. priv. Handelsstandes erwählt die General-Versammlung einen Präses und vier Direktoren auf die Dauer von drei Jahren. Die von beiden Gremien ausgesendeten Ausschußmitglieder üben hiebei auch das active Wahlrecht aus.

Der Präses muß christlichen Bekenntnisses sein; von den Direktoren müssen zwei dem k. k. priv. Großhandlungs-Gremium, zwei dem bürg. priv. Handelsstande angehören; bezüglich des Glaubensbekenntnisses werden zwei dem christlichen und zwei dem mosaischen angehören.

§. 22.

Auf dieselbe Zeitdauer erwählt der Ausschuß einen Schriftführer und Kassier, deren Honorar zu bestimmen ihm vorbehalten bleibt.

§. 23.

Der Ausschuß ist über Berufung des Präses verpflichtet, alle Monate einmal, und in dringenden Fällen auch mehrmal zur Sitzung zusammen zu treten.

§. 24.

Im Wirkungskreise des Ausschusses liegt :

- a) Die Ueberwachung des Vermögens und aller Interessen des Vereines.
- b) Anstellung der Institutsärzte, der Vereinsbeamten und Diener, und Bemessung ihrer Gehalte.
- c) Feststellung der Regiekosten.
- d) Revision der Kassabücher und der Inventarien.
- e) Ausarbeitung der Hausordnung und der Instruktionen für die Aerzte, Beamten und Diener der Anstalt.
- f) Aussendung von ständigen Kommissionen zu Special-Ausarbeitungen oder Erledigungen.
- g) Erhöhung der von den Chefs (§. 2) und vom kaufmännischen Hilfspersonale zu leistenden Beitrags-Quoten (§. 7) mit Beachtung des im §. 8

enthaltenen Vorbehalts der Genehmigung beider Gremien.

§. 25.

In allen Fällen, wo es die Förderung der Interessen des Vereins nothwendig macht, namentlich aber, wenn die bestehenden Räumlichkeiten des Spitals bei sonst normalen Zuständen zur Aufnahme der Kranken nicht mehr genügen und aus diesem Anlaß Neubauten, oder wenn in Folge von Elementarereignissen neue Herstellungen erforderlich würden, oder wenn zu Zeiten von Seuchen und Epidemien die Zahl der Kranken in einem Maße anwachsen würde, daß zu deren Unterbringung und Versorgung anderweitige Localitäten gemiethet werden müßten, ist der Ausschuß insofern die eigenen Mittel des Vereins nicht hinreichend anerkannt werden, berechtigt, Gelder darlehensweise aufzunehmen, er ist jedoch hiebei an die vorläufig schriftlich zu gebende Zustimmung der beiden hierortigen Handelsgremien gebunden, welchen er alle zur genauen Beurtheilung des Antrags erforderlichen Behelfe, so wie die Art und Weise der Tilgung des Darlehens vorzulegen und die Genehmigung des Tilgungsplanes zu erwarten hat.

§. 26.

Zur Fassung eines rechtsgiltigen Beschlusses ist die Anwesenheit des Präses oder seines Stellvertreters, und wenigstens acht Ausschußmitglieder nothwendig.

§. 27.

Die Abstimmung geschieht nach relativer Stimmenmehrheit und geheim. Bei gleichen Stimmen entscheidet jene, welcher sich der Vorsitzende beigefellt hat.

§. 28.

Von dem, aus den bisherigen Mitgliedern und dem kaufmännischen Hilfspersonale gewählten einem Drittel des Ausschusses, tritt jährlich die Hälfte aus; im ersten Jahre entscheidet das Loos, in den späteren treten immer jene aus, die im vergangenen Jahre geblieben sind.

§. 29.

Die Austretenden können wieder gewählt werden.

§. 30.

Der Präses ist das Haupt des Vereines, und hat denselben in allen Angelegenheiten, gegenüber dritter Personen, und gegenüber der Behörden zu vertreten.

§. 31.

Ihm zur Seite stehen vier Direktoren, deren einer nach der Wahl des Präses, ihn im Verhinderungsfalle vertritt.

Die besondere Aufgabe der Direktion wird sein,

die materielle Leitung der Anstalt in ihren täglichen Vorkommnissen abwechselnd zu besorgen.

§. 32.

Alle Verfügungen, welche zum Wohle der Anstalt dringlich erscheinen, hat der Präses einverständlich mit den Direktoren zu treffen, und den nächsten Ausschuß darüber motivirten Bericht zu erstatten, der denselben zur Kenntniß nimmt, oder die gemachten Verfügungen ändert.

§. 33.

Die Mitglieder des Vereins mit Rücksicht auf die im §. 19 festgesetzte Beschränkung, betreff der Individuen des kaufmännischen Hilfspersonales, werden jährlich einmal zur Generalversammlung, welche in den letzten Tagen des Jahres abgehalten werden wird, zusammentreten, um bei dieser Gelegenheit :

- a) den Bericht des Präsidiums über die Geschäftsführung und den Stand der Anstalt zu hören.
- b) Die Wahl des Präses und der vier Direktoren (§. 21) vorzunehmen.
- c) Von einem etwa Behufs der Vereinszwecke zu Bauten u. s. w. vom Ausschusse aufgenommenen Darlehen und den Modalitäten der Amortisation desselben, in Kenntniß gesetzt zu werden.
- d) Die Wahlen der Ausschußmitglieder in dem sie betreffenden Antheil vorzunehmen.

e) Ueber die Gebahrung wird bei dieser Gelegenheit Rechnung gelegt, zu deren Revision, eben so wie zu jener der Kasse zwei Individuen aus der Generalversammlung zu designiren sind.

f) Aenderungen der Statuten unter den im §. 49 bezeichneten Bestimmungen zu beschließen.

§. 34.

Im Allgemeinen müssen die Gegenstände der Verhandlung der Generalversammlung wenigstens 14 Tage früher, durch die öffentlichen Blätter, insbesondere durch das Amtsblatt zur Kenntniß der Betreffenden gebracht werden.

§. 35.

Der Ausschuß des Vereins ist ermächtigt, in dringenden Fällen außerordentliche Generalversammlungen einzuberufen, wobei er ebenfalls an die hin vorhergehenden § betroffene Verfügung gebunden ist.

§. 36.

Rechtsgiltige für den ganzen Verein verbindliche Beschlüsse kann nur die Generalversammlung fassen, es genügt hiezu die relative Stimmenmehrheit, auch ist dabei keine Rücksicht auf die Anzahl der erscheinenden stimmfähigen Mitglieder zu nehmen, sobald die Generalversammlung in gehöriger Form einberufen worden ist.

§. 37.

Bei Schlichtung der aus dem Vereinsverhältnisse entspringenden Streitigkeiten, wird wie folgt, fürgegangen :

- a) Klagen einzelner Mitglieder gegen die Direktion, Verwaltung, Arzt, Personale, werden vor den Ausschuß gebracht, aus welchen der Klageführende 2 Individuen und der Ausschuß ebenso 2 durch geheime Abstimmung wählt, diese 4 wählen ihren Obmann und entscheiden nach Anhörung der betreffenden Parteien endgiltig.
- b) Streitigkeiten, die Nichtmitglieder gegen den Verein erheben, werden vor den kompetenten Gerichten ausgetragen, wobei der Präses den Verein vorstellen, und ihn gerichtsordnungsmäßig vertreten lassen wird.

§. 38.

Außer den im §. 33 sub e designirten zwei Individuen, werden auch von den beiden hierortigen Grenzain zwei Individuen zu gleichem Zwecke ausgesendet, welche keine Mitglieder des Ausschusses sind.

§. 39.

Die Gebahrung und Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben des Vereines wird einer der Direktoren unentgeltlich überwachen.

§. 40.

Um die Gelder in der Kassa nicht nutzlos anhäufen zu lassen, wird die vierteljährige Einnahme am Ende eines jeden Quartals (mit Ausnahme des nächstmonatlichen Kassabedarfes) gegen hinreichende Sicherheit bei den diesstädtischen Kreditsanstalten fruchtbringend angelegt.

§. 41.

Das Vermögen des Vereines muß ganz abgesondert vom Pensionsfonde verwaltet, und in Evidenz erhalten werden.

§. 42.

Die regelmäßige Kontrolle der Kassen und Bücher führen die Herren Direktoren; — die dem Vereine gehörigen Obligationen und Wertheffekten, werden unter besonderem Verschuß gehalten, wozu außer dem Beamten, einen Schlüssel der Präses, und einen Schlüssel einer der Herren Direktoren verwahren.

§. 43.

Der Instituts-Verwalter hat sein Journal täglich abzuschließen, und über Ausgabe und Einnahme im Auszuge monatlich dem Ausschusse Rechnung zu legen.

§. 44.

Der Ausweis über die Ergebnisse der Wirksamkeit der Anstalt und der Gebahrung des Vereins-Vermögens, wird alljährig zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

§. 45.

Jeder Theilnehmer an dieser wohlthätigen Anstalt übernimmt durch seinen erklärten Beitritt die Verpflichtung, sich diesen Statuten und den im Sinne derselben zu fassenden Beschlüssen, ihren vollen Inhalte nach, ohne Widerrede zu fügen.

§. 46.

Zur größeren Glaubwürdigkeit wird der Verein bei Ausfertigung aller seiner Akten und Urkunden sich seines eigenen Siegels bedienen, das dem Vereins-Präses zur Verwahrung anvertraut ist.

§. 47.

Die Dauer des Vereines wird im Vertrauen auf die menschenfreundliche Unterstützung der beiden hiesigen Handelsgremien, eine immerwährende sein.

§. 48.

Sollte jedoch durch welch' immer nicht vorzusehendes Ereigniß eine Auflösung erfolgen müssen, so ist eine

solche sogleich zur Kenntniß der hohen Behörde, welche bei Ertheilung der Bewilligung zur Errichtung eingeschritten ist, zu bringen; worauf die Generalversammlung des Vereins die Liquidation des sämmtlichen Vermögens zu veranlassen, und über dessen fernere Bestimmung mit Rücksicht der Analogie des Zweckes zu beschließen hat.

§. 49.

Änderungen gegenwärtiger Statuten, und überhaupt der durch Bewilligung des Vereins vorgezeichneten Bestimmungen bedürfen, um Wirksamkeit zu erlangen, der Beistimmung beider Gremien und der höheren Genehmigung, die denselben Anordnungen unterliegt, wie die ursprüngliche Bewilligung.

Carl Burgmann m. p.,

b. 3. Präses.

15860

Genehmiget von der k. k. Statthaltereideputation
in Ofen den 4. Juni 1858.

In Dienstesabsein des Herrn V.-Präsidenten der
k. k. Hofrath

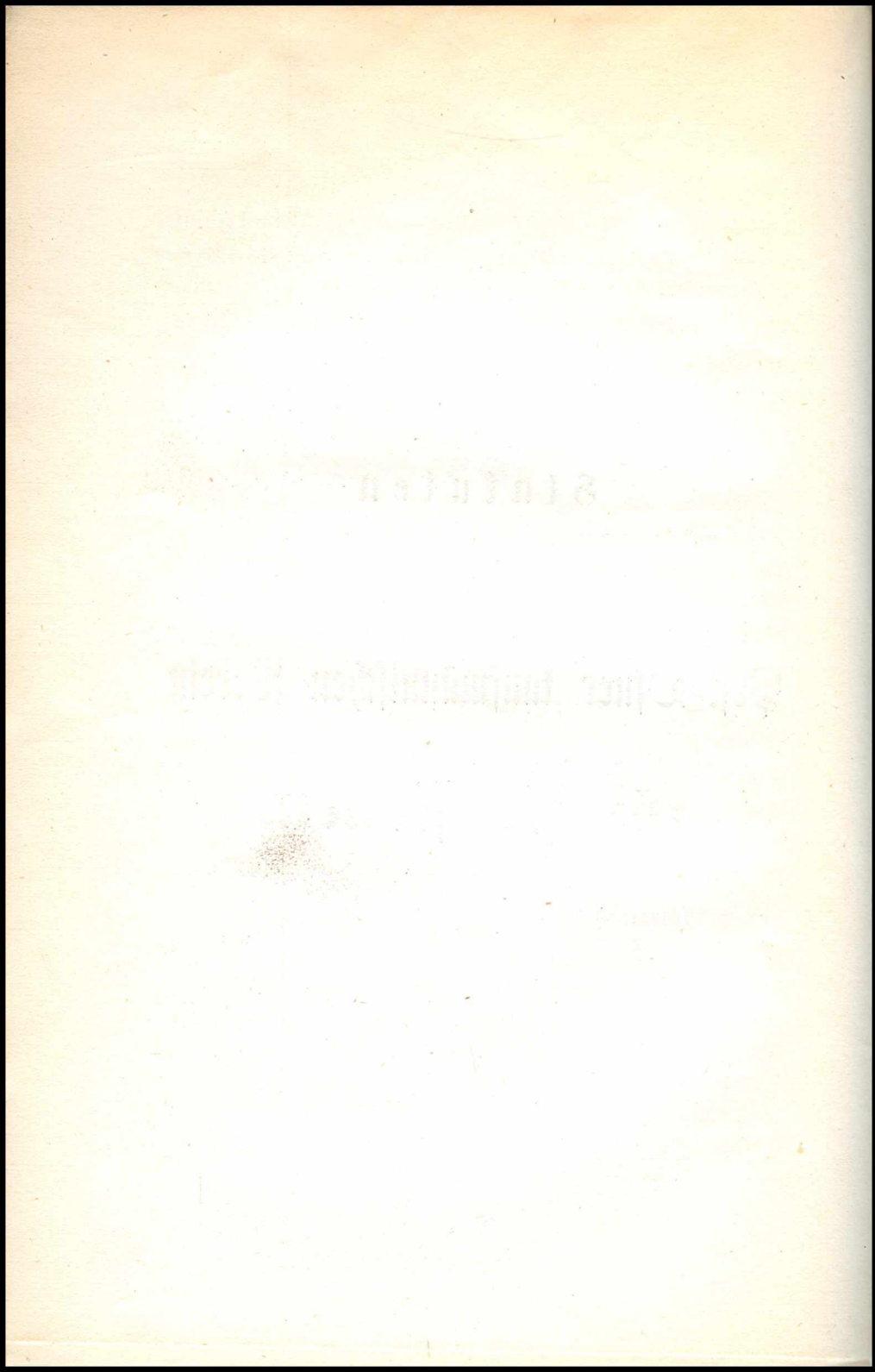
Kriegs-Au m. p.

Statuten

für den

West-Osner kaufmännischen Verein

für Pensionen.



Einleitung.

Der Verein hat durch die, seit seinem Bestehen gemachten Erfahrungen die Ueberzeugung gewonnen, daß seine bisherigen Statuten dem beabsichtigten Zwecke auf die Dauer nicht entsprechen können; theils weil seine Leistungen die Unterlage einer mathematischen Berechnung entbehren, theils weil sich in neuer Zeit die völlige Unzulässigkeit dargethan hat, Pensionen ohne Beschränkung auch solchen Vereinsmitgliedern, die vor erreichten 60. Lebensjahre dienstesunfähig geworden sind, und ihren Waisen zukommen zu lassen.

In Anbetracht dieser Umstände und weil es auch bis jetzt nur durch den Abfall vieler Vereinsmitglieder und durch die sehr abgenommene Theilnahme — also auf einem Wege, der mit den Absichten des Vereins im Widerspruch steht — möglich war, den Verpflichtungen, welche der Verein übernommen hat, nachzukommen, fand er sich veranlaßt, die für diesen Zweig seiner menschenfreundlichen Thätigkeit bestehenden Statuten einer umfassenden und zeitgemäßen Revision zu unterziehen und mit dem Zwecke, für welchen sie dienen sollen, in einen genaueren Einklang — als dies bis jetzt der Fall war — zu bringen.

Die Grundsätze, welche ihn hiebei geleitet haben, waren :
die Rechte und Ansprüche der jetzigen Mitglieder des Vereins
möglichst zu wahren und für die neu hinzutretenden Mitglieder
solche Bestimmungen zu treffen, welche ihnen die in Aussicht
gestellten Pensionen und eine angemessene Betheilung an dem
Vereinsfonde für die Zukunft zu gewährleisten vermögen.

Statuten

für den

Pest=Ofner kaufmännischen Verein für Pensionen.

Ältere Mitglieder.

§. 1.

Die dem Pest=Ofner kaufmännischen Pensions=Vereine bis jetzt beigetretenen Mitglieder bleiben, insofern sie ihren bisherigen Zahlungs=Verbindlichkeiten pünktlich nachkommen, im Genuße des ihnen laut den bestanden Statuten zugesicherten Anspruches auf eine Pension jährlicher 80 fl. nach vollendeten sechzigsten Lebensjahre; ebenso behalten auch die Gattinen der verheiratheten Mitglieder, welche den für die Wittwen=

pension festgesetzten Beitrag leisten, nach dem Tode ihrer Gatten ihren rechtlichen Anspruch auf eine Wittwenpension von 80 fl.

§. 2.

Einem solchen Mitgliede kann, wenn es vor dem zurückgelegten 60. Lebensjahre durch ein unverschuldetes Unglück oder Krankheit dienstesunfähig geworden ist, eine Pension nur in dem Ausmaße der, dem Vereine hiezu zu Gebote stehenden Geldmittel zugestanden werden.

Der hiezu dienende Fond erhältet seine Zuflüsse aus dem Mehrerträgniße der Zinsen, welches durch eine mehr als 5 pCt. rentirende Anlage des Vereinsfondes erzielt wird, woraus dann über Antrag des Ausschusses die Invaliden-Pensionen oder Erziehungsbeträge für verwaisste Kinder der Vereinsmitglieder durch die General-Versammlung bis auf jährliche 80 fl. ergänzt werden können. Hierbei kommen die in einem vorhergehenden Jahre unbenützt gebliebenen Beträge stets dem nächstfolgenden zu Gute.

§. 3.

Wittwen dieser Mitglieder können, wenn sie sich wieder verehelichen, auf ihre Pension während dieser neuen Ehe keinen Anspruch machen, sollten sie

jedoch abermals Wittwen werden, so treten sie in ihre früheren Pensionsansprüche wieder ein.

§. 4.

Die vater- und mutterlosen Kinder dieser Mitglieder und zwar die Knaben bis zum 16., die Mädchen bis zum 15. Lebensjahre, können mit einem Erziehungsbeitrag nur insofern theilhaftig werden, als hiezu das im §. 2 erwähnte Mehrerträgniß des Vereinsfondes ausreicht. Der Konkretalbetrag eines solchen Beitrags darf aber 80 fl. nicht übersteigen.

§. 5.

Der Verein besitz mit Schluß des Jahres 1857 ein baares Vermögen von 49,530 fl. 16 kr. CM., aus welchem nach Abzug des zur Deckung der Regiekosten etwa erforderlichen Betrages : a) die bereits flüssigen Pensionen, b) die künftigen Alterspensionen und c) die künftigen Wittwenpensionen gedeckt werden müssen.

Was noch erübrigt, und was durch die im §. 2 erwähnte höhere, als die 5prozentige Verzinsung erzielt würde, dient zur Bestreitung der Pensionen, der dienstunfähig gewordenen Mitglieder (§. 2) und zur Leistung von Erziehungsbeiträgen. (§. 4.)

§. 6.

Nach Verlauf von je drei Jahren dreimal hintereinander, dann nach je fünf Jahren, wird eine Revision des Vermögenbestandes des Vereins nach den Grundsätzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung vorgenommen und über Antrag des Ausschusses vom Vereine in der General-Versammlung beschlossen, welcher Quotient des Ertrages dem Reservefonde zugewiesen, und welcher den neuen Mitgliedern des Vereins gutgeschrieben werden soll.

§. 7.

Den jetzigen Mitgliedern des Vereins steht es unter genauer Beobachtung der in den neuen Statuten enthaltenen Bestimmungen frei, durch die erhöhte Einzahlung nach den neuen Beitrags-Tarifen, eine erhöhte Pension bis zu dem im §. 18 festgesetzten Betrage zu erwerben; welche Begünstigung betreff der Männer auch über das 45. Lebensjahr ausgedehnt wird, für welchen Fall sie jedoch die, in der besonders hiefür ausgearbeiteten Tabelle I. bemessenen Jahresgebühren zu entrichten haben werden.

Von den neuen Mitgliedern.

§. 8.

Dem Pensions-Vereine kann Jedermann beitreten, der mit einem fixen jährlichen Gehalte bei einem Handels-Industrie-Verkehrs oder Actien-Unternehmen, und bei öffentlichen Geldinstituten angestellt ist, das 15. Lebensjahr erreicht und das 45. noch nicht überschritten hat.

§. 9.

Die Aufnahme wird über schriftliches Ansuchen durch den Ausschuß bewilligt.

§. 10.

Dem Gesuche sind beizufügen :

- a) Der Tauf- oder Geburtschein.
- b) Das von dem Vereinsarzte über den Gesundheitszustand des Bittstellers ausgestellte Zeugniß.

§. 11.

Minderjährige haben die schriftliche Einwilligung ihrer Eltern oder Vormünder zum Beitritte beizubringen.

§. 12.

Jedes Mitglied hat bei der Aufnahme seinen Aufenthalt und jede darin vorkommende Aenderung, so oft und sogleich als diese erfolgt, der Direktion des Vereins genau anzuzeigen.

§. 13.

Es steht jedem Beitretenden frei, eine Pension, entweder für sich allein, oder für seine Gattin allein, oder für Beide, gegen Entrichtung der betreffenden Einzahlungen zu erwerben.

§. 14.

Verheirathete Mitglieder, die ihre Gattinnen des Pensionsbezugs theilhaftig machen wollen, haben nebst den im §. 10 bezeichneten Urkunden auch den Trauschein beizubringen.

§. 15.

Dem Vereine steht es frei, solche Individuen, die sich um das Gedeihen desselben besondere Verdienste erworben, oder die Absicht kund gegeben haben, sich demselben auf irgend eine Weise nützlich zu erweisen, zu Ehrenmitgliedern zu ernennen. Er übt dieses Recht

durch die General-Versammlung aus. Mit dieser Auszeichnung ist kein materieller Vortheil, sondern nur das Recht verbunden, den Berathungen des Vereins in der Generalversammlung sowohl, als in den Ausschusssitzungen beizutwohnen.

§. 16.

Das aufgenommene Mitglied erhält über seine Aufnahme eine Urkunde und außerdem ein Büchelschen, in welches seine sämmtlichen Einzahlungen, so wie dessen Bezüge genau notirt werden.

§. 17.

Geht eine dieser beiden Urkunden in Verlust, so muß bei dem betreffenden k. k. Gerichte die Amortisirungsordnungsmäßig angesucht und erwirkt werden, worauf dem Mitgliede dann ein Duplicat gegen Entrichtung einer Gebühr von 2 fl. 30 kr. ausgefertigt wird.

§. 18.

Das Maximum einer jährlichen Alters- oder Wittwenpension beträgt 200 fl., es können jedoch auch mindere Pensionen in den fixen Beträgen von 80 fl. und 120 fl. erworben werden.

§. 19.

Der Pensionsbetrag, welchen der Beitretende sich zu sichern wünscht, muß im Gesuche in Ziffern und Buchstaben angegeben sein; widrigenfalls der Minimal-
satz von 80 fl. angenommen und nach diesem die Prämie bemessen wird.

§. 20.

Durch den Beitritt zum Verein und durch die Leistung der statutenmäßigen Beiträge erwirbt jedes Mitglied das Recht :

- a) Die bedungene Pension nach erreichtem sechzigsten Lebensjahre in vollem Betrage auf Lebenszeit zu beziehen
- b) Für den Fall des Ablebens, seiner Wittve die bedungene Pension ebenfalls auf Lebenszeit und zwar ohne Rücksicht auf eine spätere Wiederverehlichung gesichert zu haben.
- c) Im Falle einer Dienstunfähigkeit einen Theil-
bezug seiner Pension (§. 31) zu beanspruchen.

§. 21.

Die Wittve muß, um pensionsfähig zu sein, wenigstens noch volle zwei Jahre nach dem Beitritte ihrem Gatten angetraut gewesen sein.

§. 22.

Um die Anwartschaft auf den Pensionsbezug zu erwerben, ist es nothwendig :

- a) Daß das aufgenommene Mitglied eine Einschreibgebühr von 5 fl. und insoferne es verhehelicht ist und eine Pension auch für seine Gattin sichern will, ebensoviel für diese bezahle.
- b) Den der bedungenen Pension entsprechenden Beitrag pünktlich leiste.

§. 23.

Dieser Beitrag kann in dreierlei Weise geleistet werden, entweder

- a) ein für allemal, durch den Erlag eines Kapitalsbetrages (Kapitalfuß).
- b) durch eine gewisse vierteljährige und in vorhinein zu entrichtende Quote (Contributionsfuß) und :
- c) gemischt; durch Erlag eines Theilkapitals (Antrittsgeld) und eines nach Maßgabe desselben verminderten Jahresbeitrages.

§. 24.

Die Größe der in obigen Richtungen zu leistenden Zahlungen bezeichnen mit Rücksicht auf das Alter des Mitgliedes, das seiner Gattin, und die Höhe der bedun-

genen Pension die angefügten Tabellen, deren Gebrauch durch die beigegebenen Beispiele erläutert ist, namentlich bezeichnet :

Tabelle II. Die Ziffer des jährlichen Beitrages, welchen ein lediges Mitglied bis zum sechzigsten Lebensjahre zu bezahlen hat, um die bedungene Pension (80 fl., 120 fl. oder 200 fl.) zu erwerben.

Tabelle III. Die Ziffer des jährlichen Beitrages, welchen ein verheirathetes Mitglied zu entrichten hat, um seiner Gattin für den Fall des Ueberlebens eine Pension auf Lebenszeit zu sichern.

Tabelle IV. Die Ziffer des Kapitals, welches auf einmal zu erlegen ist, wenn sich ein lediges Mitglied eine gewisse Pension auf diese Weise sichern will.

Tabelle V. Die Ziffer des Kapitals, welches auf einmal zu erlegen ist, wenn ein Ehepaar eine gewisse Pension auf diese Weise erwerben will.

Aus der Combination dieser Tabelle ergiebt sich auch die Berechnung für die gemischte Einzahlung, wofür bei den Tabellen ebenfalls Beispiele angeführt sind.

§. 25.

Die zur Sicherstellung einer Wittwenpension festgesetzten Jahresbeiträge sind mit Rücksicht auf die im

§. 21 getroffene Bestimmung bis zum Ableben des Gatten zu bezahlen.

§. 26.

Die jährlichen Beiträge werden vierteljährig in vorhinein bezahlt; unterläßt Jemand die Zahlung, so hat er diese von dem nächsten Quartal angefangen mit 6 pCt. Zinsen zu berichtigen; sollte er dieser Verbindlichkeit auch dann nicht nachkommen, so wird er am Schlusse des zweiten Quartals, also 6 Monate nach versäumter Zahlung, sowohl brieflich als mittelst dreimaliger Einschaltung in dem Pester Amtsblatte zur Zahlung aufgefordert und dies im dritten Quartale oder nach neun Monaten wiederholt; wer seine Gebühr sammt Zinsen und alle Zeitungsinsertions- und Postgebühren auch dann nicht berichtigt, wird nach Ablauf des vierten Quartals aus der Zahl der Mitglieder für immer gestrichen.

§. 27.

Eingezahlte Beiträge, gleichviel ob sie in Kapital oder in jährlichen Raten geleistet worden sind, werden mit Ausnahme des im §. 41 erwähnten Falles unter keinem Umstand, weder im Ganzen noch in Theilen rückerstattet.

§. 28.

Die Einzahlungen auf die Alterspensionen, so wie jene auf Wittwenpensionen, werden getrennt verbucht und bilden abgesonderte Fonds — um bei der Revision des Vereinsgeldstandes Anhaltspunkte für zweckentsprechende Abänderungen zu haben.

§. 29.

Bei gesetzlicher Scheidung oder Trennung der Ehe bleibt der Anspruch der Gattin auf die Pension aufrecht, wenn die festgesetzten Gebühren fortan pünktlich bezahlt werden.

§. 30.

Um der Wittve eines Vermissten die Pension flüssig machen zu können, muß die Todeserklärung im gesetzlichen Wege erwirkt werden.

§. 31.

Ist ein Mitglied vor erreichtem sechzigsten Lebensjahre, dienstesunfähig geworden, so wird nach glaubwürdiger Konstatirung dieses Umstandes durch den Vereinsarzt ihm über sein Ansuchen jener Betrag als Invalidenpension flüssig gemacht, der seinen bis dahin geleisteten Zahlungen entspricht und in der Tabelle VI berechnet ist. Es steht ihm jedoch frei, von dieser Begünstigung

keinen Gebrauch zu machen, und sich durch fortgesetzte Einzahlungen die ursprünglich bedungene Pension nach dem sechzigsten Lebensjahre zu sichern.

§. 32.

Die von den älteren Mitgliedern nach §. 2 unbenützt gebliebenen Beträge kommen den Neuen bei dem Ausmaß von Invalidenpensionen zu Gute.

§. 33.

Wenn ein Mitglied seinen Tod gewaltsam herbeiführen sollte, so wird seine Wittve der Pension nur dann verlustig, wenn sich ergeben würde, daß das Mitglied sich in zurechnungsfähigen Zustande befand; ist dies zu ermitteln nicht möglich, so wird angenommen, daß der Tod im unzurechnungsfähigen Zustand erfolgt ist.

§. 34.

Anfang und Schluß der Rechnung richtet sich nach dem Solarjahre.

§. 35.

Die Aufnahme der Mitglieder kann wann immer erfolgen; das Pensionsjahr beginnt aber stets am er-

sten Jänner, — es wird daher die Berechnung der zu entrichtenden Gebühr entweder nach rückwärts oder nach vorwärts — je nachdem der 1. Jänner der Aufnahme näher liegt — vorgenommen, oder was dasselbe ist: die Einzahlung so berechnet, als wenn der Beitritt am 1. Jänner geschehen wäre.

§. 36.

Weniger wie sechs Monate bleiben bei der Annahme des Alters unberücksichtigt — sechs Monate und darüber gelten für ein Jahr (24 Jahre und 5 Monate gelten für 24 Jahre, 24 Jahre und 7 Monate gelten für 25 Jahre).

§. 37.

Alle Pensionen werden vierteljährig und nachhinein gegen Quittung erhoben; die Quittung muß mit dem pfarrämtlichen oder den ihm gleichkommenden Zeugniß versehen sein, daß der Bezugsberechtigte sich noch am Leben befinde.

§. 38.

Fällige Pensionsraten, wenn sie nicht behoben werden, genießen keine Zinsenvergütung.

§. 39.

Wenn Pensionen binnen zwei Jahren, nachdem sie fällig geworden sind, nicht erhoben werden, so wird dem Bezugsberechtigten eine weitere Frist von noch einem Jahr in dem hierortigen Amtsblatte anberaumt, nach deren erfolglosen Verlauf der fernere Pensionsbezug für erloschen betrachtet wird.

§. 40.

Pensionen sind streng persönlich, und können auf keinen Andern, weder ent- noch unentgeltlich übertragen werden.

§. 41.

Der Bezug der Pension hört außer dem im §. 26 und 39 vorgesehenen Falle auf :

- a) durch den Tod des Bezugsberechtigten.
- b) Wenn der Bezugsberechtigte durch strafgerichtlichen Spruch zu einer über drei Jahre dauernden Kerkerstrafe verurtheilt wird.
- c) Wenn der Bezugsberechtigte in den k. k. österr. Militärdienst tritt; in diesem Falle wird es ihm jedoch freigestellt, nach vollbrachter Dienstzeit sich neuerdings um seine Aufnahme zu bewerben, die ihm gleich einem neuen Mitgliede unter Beobachtung der im §. 10 getroffenen Bestimmungen

gen nach Berichtigung der inzwischen dem Vereine entgangenen Bezüge mit Inbegriff der 6prozentigen Zinsen und Zinseszinsen bewilligt werden kann.

Sollte er von dieser Begünstigung keinen Gebrauch machen wollen, so erhält er seine gemachten Einlagen zurück.

§. 42.

Der Sitz der Verwaltung ist in Pest.

Der Verein führt den Namen : Pest=Ofner kaufmännischer Verein für Pensionen.

Leitung der Anstalt.

§. 43.

Die Leitung des Vereins übernimmt ein Ausschuß von 12 Mitgliedern und drei Directoren.

§. 44.

So lange die derzeitigen Mitglieder am Leben sind, muß die Hälfte der Ausschußmitglieder d. i. sechs aus ihnen gewählt werden.

§. 45.

Die Ausschußmitglieder und die Direktoren werden von der General-Versammlung gewählt.

Sowohl Ausschuß als die Directoren müssen Vereinsmitglieder sein.

Die Dauer der Function des Ausschusses wird auf drei Jahre festgesetzt; nach Ablauf derselben tritt die Hälfte (so lange die alten Mitglieder theilnehmen auch von diesen die Hälfte) aus und zwar zuerst durch das Loos, dann die Rückgebliebenen; jedes Ausschußmitglied bleibt sonach mindestens drei Jahre in Function. Die Austretenden können wieder gewählt werden.

§. 46.

Von den drei Directoren hat der älteste in den ersten und zweiten Jahre nach dem Alter, dann nach der Funktionsdauer den Vorsitz bei sämtlichen Berathungen, der Andere führt die Kasse und der Dritte überwacht die Buchung.

§. 47.

Von den Directoren tritt alle Jahre einer aus; die ersten zwei nach den Loos — dann stets jener, der bereits drei Jahre in Function war. Der Austretende kann wieder gewählt werden.

§. 48.

Die Funktion der Directoren und der Ausschußmitglieder ist in Anbetracht des menschenfreundlichen Zweckes des Vereins, eine unentgeltliche.

§. 49.

Jeder Director hat das Recht im Verhinderungsfalle seinen Stellvertreter, jedoch nur aus der Zahl der Ausschußmitglieder zu ernennen.

§. 50.

Stirbt oder tritt ein Director während seiner Amtsdauer aus, so wählt der Ausschuß provisorisch einen Andern bis zur nächsten Generalversammlung.

§. 51.

Der Ausschuß haltet in der Regel alle Monate wenigstens einmal Sitzung und nimmt den Bericht der Direction über die Angelegenheiten des Vereins entgegen und trifft alle erforderlichen Bestimmungen, welche die Direction in Vollzug zu setzen hat. Zur Beschlußfassung ist die Anwesenheit von wenigstens acht Mitgliedern nebst den Vorsitzenden erforderlich. Die Directoren haben in den Ausschußsitzungen ebenfalls Sitz und Stimme. Die Abstimmung geschieht durch einfache Stimmenmehrheit.

§. 52.

In den Wirkungskreis des Ausschusses gehört :

- 1) Die Ueberwachung der Gebahrung des Vermögens und Förderung der Interessen des Vereins.
- 2) Aufnahme von Pensionisten.
- 3) Bestellung aller Functionäre, als des Arztes, Schriftführers, Buchhalters, Kassiers und Bemessung der Honorare und Gehalte derselben.
- 4) Feststellung der Regiekosten.
- 5) Anweisung von Pensionen, Erziehungsbeiträgen etc.
- 6) Anträge an die Generalversammlung.

§. 53.

Der Ausschuß und die Directoren sind für die genaue und gewissenhafte Gebahrung des Vereinsvermögens und für die strenge Einhaltung der Statuten der Generalversammlung verantwortlich.

§. 54.

Die Gelder des Vereins dürfen nur gegen pupilar oder ihr gleichkommende Sicherheit — mit Ausschließung rein persönlicher Credite ausgegeben werden.

Alle eingehenden Gelder sind — bis der Ausschuß darüber verfügt — in den hierortigen Geldinstituten

fruchtbringend anzulegen. In der Handkasse darf nicht über hundert Gulden baar erliegen.

§. 55.

Die Hauptkasse, worin alle dem Verein angehörigen Werthpapiere aufbewahrt werden, befindet sich im Vereinsgebäude, sie ist unter der dreifachen Sperre eines Directors, eines Ausschußmitgliedes und des Kassiers.

§. 56.

Ueber jede Sitzung des Ausschusses und der Direction muß ein Protokoll verfaßt, vom Vorsitzenden, zwei Ausschußmitgliedern und dem Schriftführer unterfertigt werden.

§. 57.

Präsident des Vereins ist gleichzeitig der für den Verein der Krankenpflege gewählte Präsident, der auch diesen Zweig in allen Angelegenheiten dritter Personen und den Behörden gegenüber vertritt.

§. 58.

Alle den Verein verbindenden Urkunden werden vom Präsident, einem Director und einem Ausschußmitgliede unterzeichnet.

§. 59.

Alle Jahre wenigstens einmal, und zwar in der zweiten Hälfte Jänners müssen sämtliche Vereinsmitglieder durch den Präses zur Generalversammlung einberufen werden, der dabei auch den Vorsitz führt.

Gegenstände der Verhandlung sind :

- a) Berichte des Ausschusses über die Geschäftsführung und den Stand des Vereins.
- b) Wahl der Ausschußmitglieder und Rechnungs-Revisoren.
- c) Berathung und Beschlußfassung über die vom Ausschusse gestellten Anträge.
- d) Vorlage der Rechnung und Prüfung derselben.
- e) Aenderung der Statuten, vorbehaltlich der höheren Genehmigung.

§. 60.

Der Termin der Generalversammlung sammt den Gegenständen der Verhandlung muß wenigstens 14 Tage früher durch das Amtsblatt veröffentlicht werden.

§. 61.

Der Ausschuß ist ermächtigt in dringenden Fällen auch außerordentliche Generalversammlungen unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung mit einer Frist von wenigstens acht Tagen zu berufen.

§. 62.

Bei der General-Versammlung müssen mindestens dreißig Mitglieder anwesend sein ; ist diese Anzahl nicht vorhanden, so wird sogleich auf weitere vierzehn Tage eine zweite Generalversammlung einberufen, bei welcher die Beschlüsse ohne Rücksicht auf die Anzahl der gegenwärtigen Mitglieder gefaßt werden.

§. 63.

Stimmfähig sind alle Mitglieder die das 21. Lebensjahr erreicht haben.

§. 64.

Jedes Mitglied hat ohne Unterschied des Betrages der vorgesehenen Pension in der Generalversammlung eine Stimme. Abwesende können sich durch ein Vereinsmitglied vertreten lassen und müssen diese mit einer ordnungsmäßigen Vollmacht hiezu versehen, jedoch darf keiner mehr als zwei Vertretungen annehmen, daher im Ganzen nicht mehr als drei Stimmen abgeben.

§. 65.

Mitglieder die bereits im Genuße der Pension stehen, hören auf stimmfähig zu sein.

§. 66.

Sämmtliche Beschlüsse der Generalversammlung werden durch absolute Stimmenmehrheit, und wenn es sich um eine Aenderung der Statuten oder um die Auflösung der Gesellschaft handelt, mit einer Mehrheit von zwei Drittel gefaßt. Ihre Beschlüsse sind für alle, auch die abwesenden Mitglieder bindend.

§. 67.

Ueber jede General-Versammlung muß ein Protokoll verfaßt, vom Präses und zwei von der Versammlung hiezu und zur Prüfung der Bücher (§. 72) bezeichneten Mitgliedern und dem Schriftführer unterfertigt werden.

§. 68.

Der Gebahrungs-Ausweis wird alljährlich in den amtlichen Landeszeitungen zur Kenntniß des Publikums gebracht, und der hohen Behörde vorgelegt.

§. 69.

Die aus dem Vereinsverhältnisse entspringenden Streitigkeiten werden durch ein Schiedsgericht entschieden, wozu jede der Parteien zwei und diese ihren Obmann wählen; sollten diese sich über die Wahl ihres

Obmannes nicht einigen können, so ist die Pest-Ofner Handels- und Gewerbekammer um die Wahl eines solchen zu ersuchen. Sämmtliche Gewählte müssen Mitglieder des Vereins sein. Gegen die Entscheidung ist keine weitere Berufung zulässig.

§. 70.

Sollte aus welcher immer für Ursache, etwa wegen Mangel an Theilnahme oder sonstigen unvorhergesehenen Ereignissen die Auflösung des Vereins erfolgen müssen, so muß hierüber sogleich Anzeige an die Behörde gemacht und eine General-Versammlung berufen werden, die ein Liquidationscomité ernennen, die Grundsätze für die Liquidirung festsetzen und über das vorhandene Vermögen im Geiste des Vereinszweckes entscheiden wird.

§. 71.

Wenn nach genauer Prüfung der Zulänglichkeit des Fonds zur Leistungsfähigkeit, es sich ergeben sollte, daß der Beitritt der nachkommenden Mitglieder nur unter verändertem Beitragsverhältnisse zulässig sei, so ist die Generalversammlung ermächtigt, die entsprechenden Bestimmungen zu treffen und selbst die fernere Aufnahme von Mitgliedern zeitweilig oder für immer einzustellen.

§. 72.

Zur Prüfung der Richtigkeit der Bücher der Kasse und der Bilanz, werden in der Generalversammlung jedesmal zwei Mitglieder erwählt, die schriftlichen Berichte über diese ihre Funktion zu erstatten haben.

§. 73.

Jedes Mitglied macht sich durch seinen Beitritt zum Verein zur unverbrüchlichen Beachtung der gegenwärtigen Statuten verbindlich.

§. 74.

Gegenwärtige Statuten treten mit dem Tage der erfolgten allerhöchsten Sanction in Wirksamkeit.

11585

Wird genehmigt.

Von der k. k. Statthaltereirei-Abtheilung in Ofen
am 15. April 1859.

Für den k. k. Herrn Vice-Präsidenten der k. k.
Statthaltereirath

L. S.

Wessely m. p.

Bemerkung. In folgenden sechs Tabellen ist der Gulden als Einheit angenommen und die Berechnung darnach gestellt; bei einer Pension von 80, 120 oder 200 Gulden ist daher die Ziffer des Beitrags ebenso vielmal (80, 120 oder 200 Mal) anzunehmen.

Tabelle I.

Jahresgebühr

welche ein jetziges Mitglied des Vereins, so es das 45. Lebensjahr bereits überschritten, zu leisten hat, um sich nach erreichtem 60. Lebensjahre eine lebenslängliche Pension von jährlich einen Gulden zu sichern.

Al t e r	Jährlicher Beitrag	Al t e r	Jährlicher Beitrag
45 Jahr	0.3654	53 Jahr	1.0674
46 "	0.4068	54 "	1.2952
47 "	0.4550	55 "	1.6162
48 "	0.5124	56 "	2.1011
49 "	0.5811	57 "	2.1941
50 "	0.6645	58 "	4.5460
51 "	0.7678	59 "	9.4531
52 "	0.8980		

Beispiel : Ein jetziges Mitglied im Alter von 50 Jahren, wünscht nach erreichtem 60. Lebensjahre statt der ihm jetzt gesicherten Pension von 80 fl. um 40 mehr, daher im Ganzen 120 fl. jährlich auf Lebenszeit zu erhalten; wie viel hat es an jährlichen Beitrag durch zehn Jahre zu zahlen?

Antwort. $40 \times 0.6645 = 26 \text{ fl. } \frac{8}{100}$. Will man die Zahlung mit einem Kapitalbetrage ein für allemal leisten, so beträgt dieser laut Tabelle IV : $40 \times 4.6147 = 184 \text{ fl. } \frac{99}{100}$.

Tabelle II.

Tarif der jährlichen Beiträge
für die Versicherung
einer Alterspension von 1 fl.
nach erreichtem 60. Lebensjahr.

Alter	Beitrag	Alter	Beitrag	Alter	Beitrag	Alter	Beitrag
15	0.0375	23	0.0633	31	0.1108	39	0.2081
16	0.0400	24	0.0677	32	0.1194	40	0.2269
17	0.0426	25	0.0725	33	0.1289	41	0.2480
18	0.0455	26	0.0778	34	0.1387	42	0.2742
19	0.0485	27	0.0834	35	0.1502	43	0.2988
20	0.0518	28	0.0894	36	0.1625	44	0.3298
21	0.0554	29	0.0960	37	0.1761	45	0.3654
22	0.0592	30	0.1031	38	0.1912		

Diese Tabelle macht die Ziffer des jährlichen Beitrags ersichtlich, welchen ein aufgenommenes Mitglied nach Maßgabe seines Alters jährlich bis zum 60. Lebensjahr einzuzahlen hat, um sich dann eine Pension von einem Gulden zu sichern.

Beispiel: Will ein 25jähriger Mann sich den Anspruch auf eine jährliche Pension von 200 fl. erwerben, so hat er nach dieser Tabelle für 1 Gulden zu zahlen 0.0725.
also " 100 " 7.25 oder 7 fl. 15 fr.
und " 200 " 14.5 " 14 " 30 "

Tabelle III.

Tarif der jährlichen Beiträge

für die Versicherung

einer Wittwenpension v. 1 fl.

wenn der Mann wenigstens 2 Jahre in der Ehe nach dem Beitritte gelebt hat.

Alter der Frau	A l t e r d e s M a n n e s				
	21—25	26—30	31—35	36—40	41—45
15—19	0.1794	0.2023	0.2339	0.2896	0.3980
20—24	0.1685	0.1898	0.2195	0.2731	0.3620
25—29	0.1568	0.1758	0.2032	0.2538	0.3312
30—34	0.1441	0.1606	0.1848	0.2318	0.3048
35—39	0.1308	0.1444	0.1650	0.2073	0.2747
40—44	0.1171	0.1279	0.1444	0.1812	0.2417

Diese Tabelle zeigt die Größe des Betrages, welchen ein Ehepaar jährlich zu entrichten hat, damit die Frau im Falle ihres Ueberlebens eine Pension von einem Gulden, so lange sie lebt erhalte (unter Voraussetzung des im §. 15 der Statuten vorhergesehenen Falles).

Beispiel : Wenn ein Mann der 28 Jahre alt ist, seiner Frau, die 22 Jahre alt ist, eine Wittwenpension von 200 fl. auf Lebenszeit versichern will, so hätte er für einen Gulden 0.1898 fl. zu zahlen; also für 100 fl. 18.98 fl. oder 18 fl. 59 kr. und für 200 fl. 37 fl. 58 kr.

Tabelle IV.

Aufgeschobene Leibrenten.

Einmalige Prämie für die Versicherung
einer Alterspension von 1 fl.
nach erreichtem 60. Lebensjahr.

Alter	Rentenwerth	Alter	Rentenwerth	Alter	Rentenwerth
15	0.5745	31	1.4647	47	3.8238
16	0.6074	32	1.5550	48	4.0687
17	0.6431	33	1.6511	49	4.3374
18	0.6810	34	1.7504	50	4.6247
19	0.7211	35	1.8623	51	4.9409
20	0.7638	36	1.9782	52	5.2900
21	0.8099	37	2.1017	53	5.6658
22	0.8589	38	2.2298	54	6.0706
23	0.9110	39	2.3660	55	6.5195
24	0.9663	40	2.5107	56	7.0054
25	1.0251	41	2.6646	57	7.5314
26	1.0876	42	2.8283	58	8.1183
27	1.1541	43	3.0024	59	8.7570
28	1.2247	44	3.1876	60	9.4531
29	1.2998	45	3.3847		
30	1.3797	46	3.5944		

Diese Tabelle zeigt den Kapitalbetrag den ein Mitglied ein für allemal zu erlegen hat, um sich nach erreichtem 60. Lebensjahre eine Pension von einem Gulden zu sichern.

Beispiel: Welches Kapital hat ein 25 Jahr altes Mitglied auf einmal zu erlegen, um sich im 60. Jahre eine Pension von 200 fl. auf Lebenszeit zu sichern? Antwort: Für einen Gulden 1.0251; für 100 fl. 102.51 oder 102 fl. 51 fr, also für 200 fl. nicht mehr als 205 fl. 2 fr.

WITWEN-PENSION.

Ein für allemal zu zahlender Betrag um für die Wittve nach dem Ableben des Mannes, wenn es nicht eher als ihre Schwere nach dem Beitritte zu diesem Versicherungszweig erfolgt, eine Pension von 1 fl. auf Lebenszeit zu liefern.

Alter der Frau	M i t t e r														
	20	25	30	35	40	45	50	55	60	65	70	75	80	85	90
15	2.175	2.365	2.613	2.910											
20	2.015	2.186	2.416	2.722	3.250										
25	1.857	2.008	2.212	2.496	2.998	3.674									
30	1.687	1.813	1.990	2.241	2.708	3.353	4.030								
35	1.505	1.607	1.751	1.963	2.384	2.983	3.624	4.334							
40	1.304	1.382	1.493	1.661	2.022	2.559	3.144	3.802	4.590						
45		1.148	1.227	1.349	1.644	2.098	2.608	3.192	3.921	4.477					
50			0.975	1.056	1.284	1.651	2.224	2.571	3.210	3.994	4.613				
55				0.802	1.056	1.280	1.605	1.990	2.539	3.226	3.817	4.282			
60					0.802	0.906	1.162	1.449	1.863	2.446	2.959	3.545	3.523		
65						0.596	0.770	0.961	1.250	1.687	2.101	2.484	2.616	2.630	
70							0.475	0.589	0.770	1.071	1.368	1.675	1.814	1.859	1.406
75								0.335	0.429	0.618	0.821	0.957	1.170	1.280	0.972
80									0.168	0.296	0.418	0.565	0.618	0.792	0.566
85										0.113	0.146	0.213	0.345	0.304	0.288
90											0.020	0.027	0.035	0.043	0.049

Tabelle V.

Diese Tabelle zeigt den Kapitalbetrag, den das Ehepaar ein für allemal zu entlegen hat um der Frau im Falle ihres Ueberlebens, eine Wittwenpension von einem Gulden zu liefern.

Beispiel: Der Gatte ist 30 Jahre, die Gattin 22 Jahre alt; wie viel haben sie zu entlegen, um für die Frau eine Wittwenpension von 200 fl. zu erwerben? Antwort: für 1 fl. 2.416, für 100 fl. 241.6 oder 241 fl. 36 kr. also für 200 fl. 483 fl. 12 kr.

Tabelle VI.

Alter des Mitgliedes bei der Aufnahme in den Verein	Invaliden-Pension, welche auf je 1 fl. des vom Eintritte an geleisteten jährlichen Beitrages entfällt, wenn der Beitrag aufhören und gleichzeitig der Pensionsgenuss beginnen soll mit dem Lebensjahre :					
	60	55	50	40	30	20
15	25.663	15.881	9.850	4.015	1.546	0.353
20	19.300	11.391	6.967	2.688	0.875	
25	13.795	8.033	4.811	1.695	0.373	
30	9.698	5.535	3.207	0.955		
35	6.659	3.683	2.018	0.406		
40	4.408	2.310	1.137			
45	2.737	1.292	0.482			

Diese Tabelle zeigt die auf je einen Gulden entfallende Rente, wenn der Genuss derselben wegen eingetretener Dienstesunfähigkeit schon mit dem 55., 50., 40., 30., 20 Jahre beginnen und auf Lebenszeit fortdauern sollte.

Beispiel : Ein 25jähriger Mann hat bis zu seinem 50. Jahre, wo er dienstesunfähig geworden ist, jährlich 7 fl. 15 fr. beigetragen. Wie viel wird in diesem Jahre seine Invalidenpension betragen. Laut obiger Tabelle entspricht je einen Gulden des Betrages, der Betrag für 4.811 fl. also für 7 fl. 15 fr. = 34 fl. 53 fr.

Carl Burgmann,

d. 3. Präses.

